

**K**atja Gentinetta sieht in der Finanzkrise 2008 und den Folgekrisen einen großen Vertrauensbruch zwischen den Eliten und der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Im SN-Gespräch erläutert die politische Philosophin, warum es „kluge Politik“ gegenüber Populisten so schwer hat.

**SN:** Was ist aus der Erfahrung der Philosophie der Kern des Zusammenlebens? Was ist nicht verhandelbar?  
*Katja Gentinetta:* Die Demokratie und der Rechtsstaat. Die individuelle Freiheit ist heute ein hoher Wert. Eigeninitiative und freie Entfaltung des Einzelnen sind außerdem eine Grundbedingung für wirtschaftliche Prosperität. Das bedeutet aber umgekehrt, dass jeder Mensch für sein Handeln verantwortlich ist – ohne Unterschied von sozialem Status, Position, Einkommen.

Zu den nicht verhandelbaren Grundsätzen gehört die Gewaltenteilung, um Willkürherrschaft zu vermeiden. Über allem steht, ebenfalls seit Platon und Aristoteles, der Grundsatz, wonach Regierungen nicht sich selbst zu dienen haben, sondern den Regierten. Das ist eine Richtschnur, die man bis heute als Kriterium hernehmen kann, um Regierungen zu beurteilen.

**SN:** Heute sprengt aber ungezügelte Eigeninitiative oft den Rahmen – ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl. Der Mensch ist, wie Aristoteles das treffend bezeichnet hat, ein „zoon politikon“, ein politisches Tier, das nicht ohne Gemeinschaft leben kann. Er soll sich frei entfalten und seinen Interessen nachgehen dürfen. Umgekehrt ist er der Gemeinschaft verpflichtet, die immer auf einer wechselseitigen Solidarität beruht.

**SN: Welche dieser Grundsätze sehen Sie derzeit besonders gefährdet?**

Die Gewaltenteilung ist dort infrage gestellt, wo die Politik in die Justiz eingreift und die Medien nicht mehr vollumfänglich als öffentliche Kontrolle zulässt. Wir sehen das derzeit in Ungarn, in Polen, in Russland sowieso, aber auch in den USA, wo die Loyalität der Richter zu ihrer Partei thematisiert wird, was letztlich ihre Unabhängigkeit tangiert. Wir sehen es aber auch dort, wo zusätzlich zur Polizei private Truppen eingesetzt werden, wie wir sie z. B. als Paramilitärs in Lateinamerika kennen. Solche Einheiten brechen das Gewaltmonopol des Staates, weil sie nicht mehr für alle da sind, sondern nur für ihre Auftraggeber. Hier werden grundlegende Parameter des Rechtsstaates verletzt.

**SN:** Derzeit haben viele Menschen das Gefühl, dass sich eine Elite aus diesem Grundkonsens des Zusammenlebens ausgeklunkt hat. Sehen Sie ein solches Versagen der Eliten?

Alle Nationalstaaten sind Teil der Globalisierung. Aufgabe und Herausforderung der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass das eigene Land von dieser Globalisierung profitiert, und gleichzeitig darauf zu achten, dass kulturelle Eigenheiten erhalten bleiben, die eigene Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt und die Verlierer der Globalisierung durch Ausgleichsmaßnahmen unterstützt werden.

Ausgleichsmaßnahmen unterstützt werden. In diesem Sinne stellt 2008 für mich einen Schnitt im Verständnis unserer Demokratie dar. Die Finanzkrise hat das ganze Wirtschaftssystem infrage gestellt und in der folgenden Griechenland-Krise hatte man den Eindruck, die Staaten würden den Kapitalmärkten hinterherlaufen. Das hat das Zutrauen und Vertrauen in die staatliche Handlungsmacht stark beeinträchtigt.

**SN:** War das der große Vertrauensbruch?  
Ja, und er wurde durch die Flüchtlingskrise noch einmal verstärkt: Die Menschen machten die Erfahrung, dass die Staaten nicht imstande waren, ihre Grenzen zu schützen und Flüchtlinge ordnungsgemäß

# *Der Kern des politischen Menschen*

**Eine Regierung hat nicht sich zu dienen, sondern dem Volk.**

Jahrtausendealte Grundsätze wie dieser machen den politischen

JOSEF BRUCKMOSER



zu registrieren und aufzunehmen. Diese Krisenkaskade seit 2008 hat den Eindruck verstärkt, die Nationalstaaten seien der Globalisierung ausgeliefert und nicht mehr Herr ihres Schicksals.

## **SN:** Kann das der Nationalstaat heute überhaupt noch sein?

heute überhaupt noch sein.  
Das ist die Frage, und deshalb bin ich sehr  
vorsichtig mit der Kritik an den Eliten.  
Denn das ist genau die Position der Popu-  
listen: Schaut her, die haben die Fehler ge-  
macht! Aber die Populisten müssen, solange  
sie nicht selbst regieren, nicht unter Beweis  
stellen, dass sie es besser könnten. Sie plä-  
dieren für die Abschottung, was aber auf  
keinen Fall ein Rezept wäre.

Tatsächlich haben die Staaten noch keine befriedigenden Antworten gefunden. Aber es gibt auch nicht die eine richtige Antwort. Vielmehr geht es um das stete Aushandeln der Balance zwischen Öffnung und Schutz.

**SN:** Die EU schwankt dabei zwischen mehr Zentralismus und mehr Nationalstaat oder gar Nationalismus.

tionalstaat oder gar Nationalismus. Die EU ist ein perfekter Spiegel der Globalisierung: Wie viel Macht und Entscheidungsspielraum soll der „Zentrale“ gehören, wie viel den Mitgliedsstaaten? Sicherheit und Grenzschutz sollten eher zentralisiert, sozialer Ausgleich, Gesundheit, Bildung eher subsidiär und föderalistisch garantiert werden. Hier hat die EU jedoch noch einen weiten Weg vor sich. Letztlich beruhen gute Lösungen immer auch auf dem Betätigen vieler kleiner Stellschrauben. Das ist sozusagen das Schicksal einer klugen Politik, dass sie differenziert und mit Sachargumenten arbeiten muss, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, Schaumschlägerei zu betreiben wie ihre Gegner.

Auch das hat mit der individuellen Moral zu tun: Wie weit lasse ich mich auf den Stil meines Gegners ein oder nicht? Populisten vermitteln lauthals den Anschein, sie könnten eine alte, angeblich heile Welt wiederherstellen – wiewohl jeder sachlich denkende Mensch weiß, dass sich diese so nicht mehr herstellen lässt. Es gibt, mit Popper gesprochen, nur das Weiterschreiten ins Unbekannte und Ungewisse. Wir müssen unsere Vernunft benutzen, um für beides zu planen: die Freiheit und die Sicherheit.

**SN: Welche Verantwortung kommt den Wählerinnen und Wählern zu?**

Demokratie ist die einzige Staatsform, in der die Bürgerinnen und Bürger der Souverän sind. So gesehen ist ihre Stimmabgabe ein verantwortungsvoller Akt, nicht zuletzt unter Berücksichtigung ihrer eigenen Widersprüche und Unzulänglichkeiten. Würden die Leute so grün leben, wie sie grün wählen und demonstrieren, sähe die Welt anders aus. Die Wahl als Lippenbekenntnis und die gelebte Praxis klaffen oft weit auseinander. Das ist eine Verantwortung, die jede und jeder für sich tragen muss.

PHILOSOPHICUM LECH



**Katja Gentinetta** ist politische Philosophin, Publizistin und Lehrbeauftragte an den Universitäten St. Gallen, Zürich, Lausanne.

 St. Gallen, Zürich, Luzern.  
In Lech spricht die Kolumnistin der NZZ über „Eliten in der Politik – Wem dienen sie?“. Ihr Essayband „Worum es im Kern geht. Ein politikphilosophischer Blick auf die Krisen der Gegenwart“ ist bei NZZ Libro erschienen. BILD: SN/PHILOSOPHICUM LECH  
Info: [WWW.KATIA.GENTINETTA.CH](http://WWW.KATIA.GENTINETTA.CH)

**„Die Werte der Wenigen – Eliten und Demokratie“** ist das Generalthema des 23. Philosophicum Lech vom 25. bis 29. September 2019. Vorträge u. a. über „Die neuen Eliten und ihre Werte“, „Meritokratie und Demokratie – geht das zusammen?“, „Wie die Eliten unsere Demokratie gefährden“, „Ausgewähltheit im demokratischen Massenzeitalter“. Info: [WWW.PHILOSOPHICUM.COM](http://WWW.PHILOSOPHICUM.COM)